



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

359 (13.8.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-192805](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-192805)

# Mannheimer General-Anzeiger

Verlagspreis: In Mannheim u. Umgebungsmonat. 1.50 für Pringelien u. Einlieferung...  
Verlagspreis: In Mannheim u. Umgebungsmonat. 1.50 für Pringelien u. Einlieferung...  
Verlagspreis: In Mannheim u. Umgebungsmonat. 1.50 für Pringelien u. Einlieferung...

Bayerische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: 1 Blatt, 10 Pfennige...  
Verlagspreis: 1 Blatt, 10 Pfennige...  
Verlagspreis: 1 Blatt, 10 Pfennige...

## Der englisch-französische Gegensatz im Osten.

### Der Zwischenfall Wrangel.

#### Ausicht auf friedliche Lösung.

Paris, 13. Aug. (W.B.) Havas meldet aus London unter dem 12. August: Der englische Gesandte in Paris ist bei der französischen Regierung bezüglich der Anerkennung der Regierung des Generals Wrangel durch die französische Regierung vorstellig geworden. Er hat aber keine amtliche Note in dieser Angelegenheit überreicht. Die englische Regierung wird sich streng an das Abkommen mit Sowjetrußland halten. Nach der Ansicht der englischen Regierung dürfte nichts gegen Sowjetrußland unternommen werden in Erwartung der Haltung der Sowjetregierung bei der Erfüllung der Bedingungen des Waffenstillstandes und des Friedensvertrags. Die englische Regierung werde sich so verhalten, als wenn Frankreich nichts auf eigene Faust unternommen hätte. — Eine weitere Meldung aus London besagt, alles lasse darauf schließen, daß die Angelegenheit zu einer friedlichen Lösung geführt werden könne.

London, 13. Aug. (W.B.) Auf dem Frühstück, welches zu Ehren Lloyd Georges von den Führern der Koalition gegeben wurde, sagte der Premierminister, er hoffe und vertraue, daß nichts die Einheit zwischen Frankreich und England zerlösen werde, und fügte hinzu, daß es sich ganz der Wiederherstellung des Friedens widmen wolle. Es ist unsere erste Pflicht, ein durch nichts zu gerechtfertigendes Abenteuer nicht zu unterstützen. Bedinglich die dringende Förderung der nationalen Ehre und die Frage der Selbstständigkeit von Frankreich können einen Krieg rechtfertigen. Auf diesem Gebiete sei kein reines Parteimemorandum im Spiele. Es müßten die Rationen alle ihre Kräfte sammeln. Sehr viel hänge von England und seiner Einheit ab.

### Was Frankreich fürchtete.

Paris, 13. Aug. (W.B.) Der „Lemps“ schreibt zu der Anerkennung der Regierung des Generals Wrangel durch die französische Regierung: Als Millerand von Dünkirchen zurückgekommen sei, habe das Verlangen der Regierung von Südrußland auf Anerkennung vorgelegen. Es habe den Bedingungen entsprochen, die Millerand am 29. Juli in der Kammer vorgelesen hat. Seit nachdem der Ministerpräsident den Bescheid der Anerkennung gegeben hätte, sei die Nachricht von der Demarche Englands in Warschau eingetroffen. Das Blatt sagt, Frankreich habe den Eindruck, England wolle mit Gewalt eine Konferenz zusammenbringen, auf der Deutschland und Sowjetrußland vertreten sein sollen, eine Konferenz, auf der Frankreich gezwungen werden würde, eine Revision des Friedensvertrages von Versailles über sich ergehen zu lassen, sowie den Verlust seiner notwendigen Garantien für seine Sicherheit, also vielleicht eine ganze oder teilweise Annulierung der Wiederherstellung, auf die es ein Recht habe. Die Engländer müßten verstehen, daß eine derartige Möglichkeit alle Franzosen ohne Unterschied der politischen Meinung in Erregung brachte.

### Die Moskauer Regierung macht die französischen Arbeiter gegen Millerand mobil.

Paris, 13. Aug. (W.B.) Die Sowjetregierung hat an die französischen Arbeiter anlässlich der Anerkennung der Wrangel-Regierung in Südrußland einen Appell gerichtet, in dem es heißt, daß die Anerkennung dieser Regierung in ganz Rußland eine große Erregung hervorgerufen habe und man sich nun einer Krise gegenüber befinde, die sehr leicht in einen französisch-russischen Krieg ausarten könnte. Krassin und Kamenev hätten sich bei dieser Gelegenheit die größte Mühe gegeben, um Frankreich zu beschwichtigen, daß die Sowjetregierung gerne bereit sei, alle Fragen zu prüfen, die Frankreich einer Revision unterliegen sehen wolle. Gerade jetzt, wo man vor dem Abschluß des russisch-polnischen Krieges die Hoffnung gehabt habe, daß man der Welt den vollkommene Frieden wiedergeben könnte, würden die Verhandlungen mit Polen durch die Anerkennung der sibirischen Republik durch Frankreich zum Abbruch gebracht und man befinde sich am Vorabend eines neuen Weltkrieges. Nur die Leiter Frankreichs hätten das Schicksal der ganzen Welt in der Hand.

### Die englische Arbeiterpartei fordert den Friedensschluß mit Rußland.

Rotterdam, 13. August. (W.B.) Der Nieuwe Rotterdam Courant meldet aus London, der Aktionsausschuß der Arbeiter, der sich mit der russisch-polnischen Frage beschäftigen soll, schickte einen Brief an Lloyd George, worin ihm mitgeteilt wird, daß die Frage des Verhältnisses zwischen England und Rußland mit den Mitteilungen Lloyd Georges im Unterhause nicht erledigt sei. Die Arbeitervertretung sei davon überzeugt, daß ein Friedensschluß und die Aufnahme der normalen Beziehungen zwischen England und Rußland gebietliche Notwendigkeiten seien. Der Brief erludt mit Rücksicht auf die für Freitag angelegte nationale Arbeiterkonferenz die Regierung, sich sofort deutlich und in bestimmten Worten zu erklären.

### Amerika im englisch-französischen Konflikt neutral.

Paris, 13. Aug. (W.B.) Die Pariser Morgenblätter lassen sich aus Washington berichten, daß man in Amerika der Ansicht ist, daß Amerika im englisch-französischen Konflikt über Rußland keine Partei ergreifen solle.

### Die Ziele der amerikanischen Note.

London, 13. August. (W.B.) Reuter meldet aus Washington: In diplomatischen Kreisen nimmt man an, daß die Note des Staatsdepartements über die russisch-polnische Lage ein dreifaches Ziel verfolge: 1. man wolle dem polnischen

Volke und der polnischen Regierung eine moralische Stütze geben. 2. Soll sie an die Bevölkerung Rußlands appellieren, das bolschewistische Joch abzuwerfen und eine verfassungsmäßige Regierung einzuführen, und 3. soll sie auf die anderen Länder in dem Sinne einwirken, daß sie davon Abstand nehmen, die Bolschewisten anzuerkennen. Man erwartet in Regierungskreisen, daß die Alliierten sich zu dieser Note äußern werden.

### Wilson gegen neue Kleinstaaten in Rußland.

Paris, 13. Aug. (W.B.) Das „Echo de Paris“ meldet aus Washington, daß sich Präsident Wilson gegen die Errichtung neuer Kleinstaaten in Rußland ausgesprochen hat. Wilson ist davon überzeugt, daß sich England und Frankreich zahlreiche Konzessionen für die Anerkennung dieser Kleinstaaten verschafft haben.

### Die Verhandlungen in Minsk.

Warschau, 13. Aug. (Priv.-Tel.) Die Presseabteilung des Ministeriums des Innern gibt bekannt: Die polnischen Parlamente sind gestern von der Front nach Warschau zurückgekehrt. Die Sowjetregierung hat vorgeschlagen, daß die polnische Waffenstillstandsdelegation für Minsk am 14. dieses Monats die Front passiere.

Paris, 13. Aug. (W.B.) Nach dem Echo de Paris werden die Verhandlungen zwischen den polnischen und russischen Delegierten nicht vor dem 15. August stattfinden.

### Die polnischen Minister über die Lage.

Warschau, 11. Aug. Ministerpräsident Witos, Bizepräsident Dolzynski und Minister des Innern Stulski empfangen erneut die Pressevertreter, um ihnen Aufklärungen über die augenblickliche Lage der Hauptstadt und des Staates zu erteilen. Minister Dolzynski betonte, daß durch den Vormarsch der roten Truppen und die Annäherung der Front an die Hauptstadt weitgehende Maßnahmen zur Sicherung Warschaws notwendig geworden sind, die die Verteidigung der Stadt erleichtern und zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen werden. Wir können, sagte Dolzynski, umso ruhiger sein, als unsere Armee nicht besiegt ist und ihre volle Schlagkraft beibehalten hat. Die Meldungen über die Räumung Warschaws emibehren jeglicher Begründung. Die Regierung beabsichtigt nicht, die Hauptstadt zu verlassen. Die Verteidigung der Hauptstadt muß streng militärischen Charakter tragen, der Augenblick ist gekommen, da alle Bürger in die Kasernen gerufen werden. Im gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem die äußerste Kraftanstrengung des ganzen Volkes notwendig ist, müssen alle Mißbilligungen zwischen der jüdischen und polnischen Bevölkerung vermieden werden. Die jüdische Bevölkerung muß gleichfalls den Beweis der Widerstandskraft ihrer Nerven erbringen, denn es liegt im gemeinsamen Interesse, daß sie der Situation sich vollkommen gewöhnen ermöge. Minister Stulski gab Auskunft über die im Einvernehmen mit dem Militärgouverneur von Warschau, General Rabinowitsch, getroffenen Vorkehrungen. Diese Maßnahmen betreffen vor allem die Verpflegung der Hauptstadt. Ministerpräsident Witos stellte zusammenfassend fest, daß die Armee von dem gleichen Geiste befeuert sei, wie die ganze Nation. Die Bauernschaft beteilige sich mit allen Kräften an der nationalen Verteidigung und verlange die Anordnung einer allgemeinen Aushebung.

### Kein Geheimabkommen zwischen Deutschland und Rußland.

Berlin, 13. August. (Von unserem Berliner Büro.) An hiesiger zuständiger Stelle wird die Nachricht, daß die Sowjetregierung einen Funkspruch an Minister Dr. Simons gerichtet hat, in der die Frage nach Entlassung der polnischen Truppen angeschnitten wird, bestätigt. Dazu ist zunächst festzustellen, daß polnische Truppenzusammenziehungen im Abkommensgebiet nicht stattfinden. Die deutsche Regierung wird auf diese drahtlose Anfrage antworten. Sie wird in ihrer Antwort darauf hinweisen, daß sie im Sinne ihrer strengen Neutralitätserklärung, polnische Truppen, die auf deutsches Gebiet übergetreten sind, bereits interniert hat und daß sie dies auch in Zukunft tun werde.

Die von verschiedenen Seiten in den letzten Tagen verbreiteten Meldungen über ein angebliches Geheimabkommen zwischen der deutschen und russischen Regierung sind, wie von unrichtigster Seite mitgeteilt wird, völlig frei erfunden.

### Die Grenzführung in Ost- und Westpreußen.

Berlin, 13. August. (Von unserem Berliner Büro.) Bei der deutschen Regierung ist jetzt die Note über die Grenzführung aufgrund des Abstimmungsergebnisses in Ost- und Westpreußen eingegangen. Es ergibt sich daraus, daß unsere Kundgebungen gegen die Gewährung eines 50 Meter breiten Uferstreifens auf der rechten Seite der Weichsel an Polen und die Ueberlassung von 4 Ortschaften und des Hafens von Kurzebrack auf dem östlichen Ufer der Weichsel an Polen, ohne Ergebnis geblieben sind. Es bleibt deshalb bei der von der Völkervereinigung beschlossenen Grenzführung. Der Wortlaut der Note wird morgen vormittag veröffentlicht werden.

Königsberg, 13. Aug. Wie aus Riga gemeldet wird, wurde der lettisch-russische Friedensvertrag am 11. August mittags in Riga unterzeichnet.

Wie aus Helsingfors telegraphiert wird, wurde zwischen Rußland und Finnland auf der Konferenz in Dorpat eine Verständigung über den Waffenstillstand erzielt, dessen Abschluß nunmehr für die nächsten Tage zu erwarten ist.

Nach einem Warschauer Telegramm teilt das Ministerium des Innern mit, daß es bisher noch keine offizielle Nachricht darüber erhalten habe, daß die Sowjetregierung endgültig die Bolschewisten Englands ablehnt habe. Die Note der polnischen

Regierung an die Sowjetregierung vom 5. 8. wurde am 10. 8. über Stockholm nach Moskau gegeben. Diesmal machte die russische Station keinerlei Schwierigkeiten bei der Aufnahme, hat jedoch den Empfang der Note bisher noch nicht offiziell bestätigt.

Nach einem Warschauer Telegramm meldet der polnische Correspondent: Feindliche Kavalleriepatrouillen drangen gegen die Besatzung in Lawa-Giechanow vor. Den letzten Kampf haben die russischen Truppen vorübergehend beendet. Zwischen Karetz und Bug ist die Lage unverändert. Nördlich von Wroch hat der Feind von neuem seine Tätigkeit begonnen und versucht, nach Wroch vorzudringen; östlich von Wroch wurden unsere Abteilungen umgruppiert. Östlich von Wroch haben wir den Feind aus Radziwillow getrieben und haben ihm eine Batterie und vier Maschinengewehre abgenommen. Zwischen Serech und Strypa haben unsere Truppen große feindliche Truppenmassen auseinandergeprengt und 4000 Gefangene gemacht sowie Maschinengewehre erbeutet.

### Scheidemann über Genf.

Der ehemalige kaiserliche Minister und Ausrufer der deutschen Republik, jetzt Oberbürgermeister von Kassel, Genosse Philipp Scheidemann, hat sich gestern in seiner Residenz über den Kongreß der Zweiten Internationale vernommen lassen. Er beschäftigte sich dabei, wie aus einem eigenen Laub-bericht des „Vorwärts“ zu entnehmen ist, in der Hauptsache mit der in Genf beliebten Behandlung der Schulfrage und kanzelte diejenigen, die mit dieser Behandlung nicht einverstanden sind, von der hohen Warte seiner verstorbenen Ministerherrlichkeit als Leute ab mit „ungeschicktem Blick und fehlendem politischen Verständnis“. Am einzelnen berichtet der „Vorwärts“ über die Scheidemannschen Offenbarungen folgendes:

Die Erwartungen der deutschen Sozialdemokratie sind bei weitem übertroffen worden. Die endgültige Erledigung der Schulfrage hat den Weg für künftige gemeinsame Arbeit aller Sozialisten freigelegt. Die Haltung der deutschen Delegation war bestimmt von der aufrichtigen Absicht, unerschütterlich ihre sozialistische und demokratische Überzeugung zu verteidigen und nichts anzuerkennen, was irgendwie vor der Partei und dem deutschen Volke sich nicht hätte verantworten lassen. Wir haben uns geweiht, eine Schuld der Sozialdemokratischen Partei anzuerkennen. Die von uns von allem Anfang an betonte Schuld des kaiserlichen Deutschlands zu mildern, hatten wir keine Verantwortung. Darum ist alles, was in der Resolution über die Schulfrage steht, von uns schon zu tausend Malen gesagt und geschrieben worden. Die Beurteilung dieses Beschlusses des Genfer Kongresses durch die bürgerliche Presse ist deutlich, mit welchem ungeschicktem Blick und fehlendem politischen Verständnis man in Deutschland an die Wertung der Tagung herangeht.

Wohl die Partei Scheidemanns von allem Anfang an die Schuld des kaiserlichen Deutschlands betont hat, steht für Scheidemann auch heute noch diese Schuld fest, d. h. Scheidemann hat in der Zwischenzeit nichts vergessen und nichts dazu gelernt. Ja, er scheint nicht einmal die Stimmen des Auslandes zu verfolgen, das ebenso wie die Scheidemannsche Partei einst die Schuld des kaiserlichen Deutschlands betont, das aber mittlerweile ein Licht gesehen hat, und das daher heute einsichtiger und aufrichtiger als der Oberbürgermeister von Kassel ist, insofern es wenigstens eine Berteilung der Schuld zugeföhrt und alle für schuldig erklärt. Ein deutscher Sozialdemokrat freilich kann es sich leisten, bei seinem Dogma stehen zu bleiben und sich französischer zu gebärden als ein Franzose sogar, wie beispielsweise der Franzose Demartial, der vor einiger Zeit an der Hand der verschiedenen Weiß-, Rot-, Blau- und Gelbbücher den Nachweis erbracht hat, daß die deutschen Selbstgeißter nicht nur Esel, sondern auch Lügner sind.

### Neues von Südwest.

D. A. I. In seinem Bericht über Südwestafrika führte der Administrator, Sir Howard Gorges, aus, die Fortschritte im verfloßen Jahre seien zufriedenstellend, das Verhältnis der Bevölkerungsgruppen untereinander sei gut gewesen. Das Land brauche Menschen, eigne sich aber nicht für Menschen ohne Kapital, da es ein großes Viehwirtschaftsgebiet werden müsse, wozu Verbesserung der Wasserbeschaffung und Verbesserung der Wasserleitung nötig sei. Zum ersten Male hätten die Einnahmen die Ausgaben übersteigt. 6374 Weissen sind rekrutiert worden, 1619 Militärs, 1226 Beamte, 873 Polizeibeamte, 1223 „lästige Elemente“ und deren Familien, 1433 freiwillige Heimkehrer. Die Deutschen mißbilligten zwar in der Öffentlichkeit die Reparaturen, die besseren Schichten seien aber insichem für die Heimkehrer der Verbrechen und der Beamten bedingungslos dankbar. In der Lage der Eingeborenen sei eine Verbesserung zu verzeichnen. — „die Herr- und Dienerrolle“ hätten abgenommen — die Leute sei gering, zum Teil ein völliger Feindschlag gewesen.

In ihrer Besprechung des Berichts betont dem Statuar „Auslanddeutschen“ zufolge die Landbesetzung für Südwestafrika, daß eine Besserung der Verhältnisse aller Bevölkerungsgruppen zweifellos auch der „Südwest-Bereinigern“ zu danken sei, die aus Deutschen und in Südwest ansässigen Büren bestünde und zum Besseren sich-Berhalten viel beitragen habe. Die Zeitung erwähnt besonders das wenig beneidenswerte Los der kleinen Angestellten und Arbeiter, auf denen der Unterschied zwischen deutscher und englischer Wälua am schmerzlich laßt. Die Häfen würden verfallen, die Einfuhr arische auf großen Umwegen mit der Eisenbahn, auf der Südwest noch immer nicht den billigeren Unionisart habe. Die Zwischenzölle, die die Ausfuhr nach der Union verhindern, beständen fort. Viele der Ausfuhrer (1 Pfund für das Stück Großvieh und die Quarantänekosten) die Schiffsleute) für Schiffsverkehr fort, so könnte das Land bedeutend bessere Preise erzielen. Wenn der Einwanderung keine Schranken gesetzt würden, könne freilich ein mit Kapital versehener Mann ein gutes Fortkommen finden. Jeder Eingeborene, der 50 Stück Kleinvieh besitzt, darf heute im Lande, ohne daß er ein Ursprungsadmeis zu führen brauchte, als „Rentier“ leben.

Wohl im Hinblick auf diese Bestimmungen und den Mißbrauch, der mit ihr getrieben wird, fordert die deutsche Zeitung eine vermehrte Heranziehung der Eingeborenen zur Arbeit, einen verbesserten landwirtschaftlichen Apparat (man hat die deutschen Tierärzte bis auf drei repariert und in der Union selbst sind Kräfte zurzeit gar nicht verfügbar), Förderung der Bewässerungsprojekte, Öffnung der Häfen, Verbilligung der Bahnfahrten, Beilegung des Agrarrechts, Förderung des schon von der deutschen Regierung geplanten Bahnbaues von Windhut nach Gobabis zur Erschließung dieses

bisher mit Wahren tiefmütterlich bedachten, aber durch Landwirtschafst schon gut erschlossenen Disgebiets. Entschieden vermehrt sich die Deutsche Zeitung dagegen, daß der weitaus größte Teil der Republikaner „Verbrecher“ gewesen seien. Schwarze Schafe gibt es in jedem Volk, aber die bloße Erwerbslosigkeit, deren wirtschaftliche Ursachen ja klar liegen, dürfe nicht schon als Verbrechen betrachtet werden. Die „Smakopmunder Zeitung“ führt zu diesem Kapitel aus, alle Deutschen hätten, und zwar auch in den vertrockneten Gegenden, die Ausweisung mißbilligt. Wer das nicht getan habe, der sei eben sicher kein Deutscher. Namentlich die Ausweisung der Tierärzte und der Beamten sei zum schweren Nachteil des Gebietes ausgefallen. Unter den „Unverwundlichen“ seien die besten Kräfte des Landes gewesen. Daß die Wohlfahrt der Eingeborenen gestiegen sei, gibt auch die Deutsche Zeitung zu, doch deutet sie an, daß dieser Wohlstand zum Teil sehr trübe Quellen habe. Jedenfalls dürfe man die Eingeborenen nicht ohne weiteres mit denen der Union gleich stellen, weil sie weit geringere Zeit unter Kultur ständen.

Im Unionsparlament besprach man gleichzeitig, als der Bericht des Administrators veröffentlicht wurde, einen Antrag auf Verlängerung der alte von 1919 betr. den Friedensvertrag und das Mandat für Südw. Der Nationalist Dr. Kolan-Galovina fragte an, ob überhaupt der Versuch gemacht worden sei, das Mandat vom Völkerrund zu erhalten. Er forderte Untersuchung der Beschwerden über die Handhabung des Krieges in Südw. Herr J. B. Kolan-Galovina, Humanist, unterstützt diese Wünsche und verlangt, daß man die Bevölkerung des Südw. als Freunde behandle, während die Verwaltung sich von bittersten deutschfeindlichen Gefühlen besetzt sei. Es sei eine Schande, daß die Leute ohne Prozessverfahren repatriert worden seien, namentlich die deutschen Lehrer. General Smiths kürzliche Abweisung aller Beschwerden durch eine bessere Regierung an. Die Deutschen hätten sich gut betragen, ihre Interessen seien berücksichtigt worden. Die Repatriierungen seien gemäß den Weisungen der Unionsregierung vorgenommen worden. Die Unterrichtspolitik in Südw. gehe dahin, daß das Deutsche während der ersten vier Schuljahre die Unterrichtssprache sein, daß ab dem 5. aber in der Wahl der Eltern stehen solle, welche offizielle Sprache sie als Unterrichtssprache wählten. Mit 20 gegen 20 nationalistiche Stimmen wurde schließlich der Antrag der Regierung angenommen.

**Wahlrecht oder Wahlpflicht?**

Wir werden um Veröffentlichung der folgenden Anregung gebeten:

Nachdem mit dem Novembersturz im Jahre 1918 angeblich dem gesamten Volke die Macht über sein Geschick in die Hände gelegt wurde, was äußerlich damit zum Ausdruck kommt, daß nur nach dem Willen der Mehrheit des Volkes regiert werden soll, mußte mit allen Mitteln auch erstrebt werden, daß dieser Mehrheitswillen in der Tat zum Ausdruck kommt. Dies kann nur dadurch erreicht werden, daß ein jeder bei den Wahlen auch zur Urne schreitet und sein Wort abgibt. Wie die Wahlen nicht nur jetzt, sondern auch in früheren Zeiten, jeweils gezeigt haben, entzieht sich ein erheblicher Teil des Volkes seinem vornehmsten Rechte und bleibt der Stimmabgabe fern. Es darf dies wohl als ein Zeichen dafür gewahrt werden, daß einem großen, nicht dem schlechtesten Teil des Volkes, an seiner Souveränität, nach der es, wenn man den Revolutionsmachern glauben sollte, doch in der langen „Unterdrückungszeit“ gelehrt haben soll, gar nicht so viel gelegen ist. Während unter den alten Verhältnissen diese Erscheinungen von unerheblicher Bedeutung waren, da eine über den Parteien stehende Regierung, die Geschichte lenkte, hat sich dies mit den neuen Verhältnissen von Grund auf geändert. Was früher ein Recht war, ist heute eine unabweisbare Pflicht für den einzelnen Bürger, worunter in diesem Falle nicht die Klasse, sondern jeder Bewohner des deutschen Vaterlandes zu verstehen ist, geworden. Es ist danach die Frage aufzuwerfen, ob es unter diesen Umständen angezeit erscheint, den Lässigen, denn in den meisten Fällen entspricht das Fernbleiben von der Wahlurne der Bequemlichkeit, und dem Verantwortungslosen, der nicht den Mut hat, seine Heberzeugung, selbst unter dem Schutz des geheimen Wahlrechts, Ausdruck zu verleihen, das Entziehen von dieser vaterländischen Pflicht ohne weiteres hinzugeben zu lassen. Da der wirtliche Mehrheitswillen des Volkes nur festzustellen werden kann, wenn auch alle Stimmberechtigten ihren Willen Ausdruck verleihen, müßte jeder gezwungen werden, bei einer Wahl mitzuwirken und ein Fernbleiben wäre mit einer erheblichen Buße zu belegen. Der Einwand, daß man es dem Ermessen des Einzelnen überlassen müsse, zu tun oder zu lassen wie es ihm beliebt, anderen Falles eine Beschränkung der Freiheit des einzelnen einträte, kann hier nicht erhoben wer-

den, da jedes staatliche Zusammenleben und Zusammenrücken nur unter gewissen Zwangsmaßnahmen gegen das Einzelwesen möglich ist. Wenn man das Steuerzahlen dem Ermessen des einzelnen Staatsbewohners überlassen wollte, würde wohl kein Staat zu den ihm nötigen Mitteln kommen. Wie es hier jeder für angemessen hält, daß der Säumige in Strafe genommen wird, der sich seiner Pflicht entzieht, so wäre es angemessen, daß diejenigen, die sich der vornehmsten Bürgerpflicht, an den Geschicken des Staates — denn das bedeutet die Abgabe des Wahlzettels — mitzuwirken, entziehen wollen, bestraft werden.

Da es sich hierbei um kein Parteiproblem handelt, sondern um eine im Interesse aller liegenden Sache, dürfte ein dahingehender Gesetzentwurf wohl die Zustimmung des Parlamentes finden. In einem der nordischen Länder hat man diesen Gedanken bereits in die Tat umgesetzt — Bei Einführung eines dahingehenden Gesetzes würde jedem wieder einmal klar vor Augen geführt, daß einem jeden Recht eine entsprechende Pflicht gegenübersteht, was ja heute so nur noch von Rechten aber nie von Pflichten gesprochen wird, nur von erzieherischem Einfluß sein kann. Darum auf zum Kampf für die Wahlpflicht.

**Der Ausstand im Saargebiet.**

Der Gewerkschaftsring der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen im Saargebiet, dem hauptsächlich ungeschlossenen sind die Gewerkschaften Hirsch-Duncker, der Gewerkschaftsbund der Angestellten, der Allgemeine Eisenbahnerverband u. a. erste eine Kundgebung, in der es heißt: „Der Ring vertraut den Erklärungen der Streikleitung, daß weder nationalistiche Gründe noch Heimatsindustrialpropaganda in bewusster Weise mitgespielen. Die dem Ring angeschlossenen Verbände verfolgen rein gewerkschaftliche Ziele und haben hier im Saargebiet einen als direkte oder indirekte Zuwendungen irgend einer nationalen Propagandabewegung enthalten. Wir nehmen an, daß der Streik lediglich wegen des bedrohten Koalitionsrechtes und der Sicherung erworbener Rechte begann, unter welsch letzteren wir keine politischen Sonderprivilegien verstehen, für die im demokratischen Staat kein Platz ist. Von der Streikleitung erwarten wir, daß sie alles tut, um Sabotageakte zu vermeiden und etwa vorgekommene zu verurteilen, wie in der ersten Erklärung gesagt ist. Ebenso erwarten wir, daß auch die Totenbestattung im allgemeinen Interesse freigegeben wird. Die von den Organisationen der freien und christlichen Gewerkschaften mit der Militärverwaltung angebotenen Verhandlungen, denen sich der Gewerkschaftsring angeschlossen hat, werden hoffentlich der Streikleitung-Ansatz zur günstigen Regelung ihrer Sache geben.“

Die Hauptstreikleitung verbreitet folgende Erklärung: „In den Verhandlungen mit der Regierungskommission haben wir mit unerbittlicher Geduld und kühler Besonnenheit verhandelt, ein erträgliches Verhältnis zu erzielen. Es ist uns nicht gelungen, nichts anderes blieb uns übrig als der Kampf. Eine Bewilligung unserer Kampfparade, eine Verwässerung unserer Kampfziele können wir unter keinen Umständen dulden. Heimatsindustrialpropaganda haben abtrotzt keinen Einfluß auf unsere Entschlossenheit und befinden sich nicht unter den Wägen der Streikleitung. Heimatsindustrialpropaganda haben bei Aufstellung unserer Forderungen abtrotzt keine Rolle gespielt. Wir geben der Bevölkerung des Saargebietes und der Regierungskommission hiermit nochmals feierlich unser Ehrenwort, daß wir nichts mit dem Heimatsindustrial zu tun haben.“ — Und gestern fanden Verhandlungen in Saarbrücken statt. In der bisherigen Gestaltung des Streikes ist nach keine Veränderung eingetreten. Infolge Ausbleibens jeder Post- und Zeitungsvermittlung ist über die Lage nur wenig zu erfahren. Dutzende von Soldaten und Dörfern mit vielen Hunderten von Einwohnern sind infolge der Fernsprechnot, Post- und Bahnsperrung seit nunmehr einer Woche von der Welt und den Tagesereignissen abgeschnitten.

Saarbrücken, 13. Aug. (W.B.) Seit heute früh ist der Generalstreik zunächst auf 24 Stunden erklärt worden. Morgen wird die Arbeit von den Streikenden restlos wieder aufgenommen werden. Sollten die Verhandlungen fehlschlagen, so tritt am Montag der Generalstreik wieder voll in Kraft. Die Verhandlungen werden von der Internationalen Rheinlandkommission in Coblenz unter Hinzuziehung des Geh. Rates v. Boch geführt. Sämtliche Banken, Läden und Wirtschaften sind geschlossen. Die Straßenbahnen verkehren nicht. Auf den Straßen ist alles ruhig. Auf den wichtigsten Plätzen sind Maschinengewehre aufgestellt, ebenso auf einigen Dächern.

Saarbrücken, 13. Aug. Die Regierungskommission hat erklärt, sie sei nicht bereit, an dem Beamtenstatut irgend etwas zu ändern. Ferner hat sie erklärt, daß sie nicht in den Ber-

tretern der Streikenden verhandeln wird, solange die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird. Falls die Arbeit bis morgen wieder aufgenommen wird, verpflichtet sie sich, weitgehende Rücksicht gegenüber den Arbeitern und Beamten vorzuschlagen, die sich einer Strafverfolgung ausgesetzt haben. Im besonderen wird sie die Militärbehörde veranlassen, von einer Strafverfolgung aller Arbeiter und Angestellten, die sich vor einem Kriegsgericht zu verantworten haben, abzusehen, soweit sie sich dem Requirierungsbefehl widersetzt haben. Dagegen sollen alle diejenigen, die sich der öffentlichen Gewalt widersetzt haben oder die Sabotageakte verübt haben, von dieser Bergütigung nicht betroffen werden. Diese Erklärungen sind für die Regierungskommission nur dann bindend, wenn die Arbeit innerhalb 24 Stunden, d. h. bis morgen Samstag früh wieder aufgenommen wird.

**Baden.**

Freigabe der Oelstränge.

St. Karlsruhe, 13. August. (W.B.) Vom 1. August 1920 ab ist die Vertriebspflicht von Margarine, Kamin- und Speiseölen und Speiseölen aufgehoben. Nunmehr sind Kamin-, Kamin-, Sonnenblumen-, Senf (weiß und brauner), Dattler-, Raps-, Honig und Ackersees (Hederich, Kaviolen) freigegeben. Die genannten Oelstränge sind also nicht mehr an den Reichsausschuh für pflanzliche und tierische Öle und Fette abzuliefern.

Zur Kasse in der badischen Siebungs- und Landbank.

St. Karlsruhe, 13. August. (W.B.) Die Badische Siebungs- und Landbank teilt mit, daß Direktor Kesse keine Stelle als Geschäftsführer auf 1. Oktober ds. Ja. gekündigt, und im Einverständnis mit dem Aufsichtsrat aus seiner Tätigkeit ausgeschieden wird. Auf Wunsch des Aufsichtsrates hat Oberbürgermeister a. D. Ehrlich das Amt eines Geschäftsführers übernommen. Nach dem Gutachten des vereidigten Sachverständigen-Büroverwalters Ruf aus Heidelberg ist eine Verkleinerung der Bank nicht einzusetzen. Die Unternehmungen der Bank sollen auf das notwendige und zweckmäßigste beschränkt, insbesondere soll von der Errichtung eines Sägewerks nach Bahnanschlüssen abgesehen werden.

**Letzte Meldungen.**

Die deutschen Kohlenlieferungen ausreichend.

Amsterdam, 13. Aug. (W.B.) Der Times-Korrespondent in Paris meldet, daß die deutschen Kohlenlieferungen in den ersten Tagen dieses Monats seien durchschnittlich 50 000 Tonnen täglich geliefert worden.

Luzern, 13. Aug. (W.B.) Laut französischen Meldungen waren die deutschen Kohlenlieferungen in der ersten Dekade des Monats August genügend, da während derselben über 500 000 Tonnen abgeliefert wurden und Deutschland nach den letzten Abmachungen monatlich nur 1 500 000 Tonnen statt 1 600 000 Tonnen liefern muß.

Die Organisation Eiserich und die bolschewistische Gefahr.

Berlin, 13. August. (Von unserem Berliner Büro.) Horst Eiserich sagte in einer längeren Rede in München, daß die Organisation Eiserich bereits über ganz Deutschland verbreitet sei. Die Gefahr des Bolschewismus bestehe, in Österreich gewinne die bolschewistische Partei merklich an Boden. Die Reichswehr könne zum größten Teil als verfauldet gelten. Die Reichsregierung sei nicht stark genug, um diesen gewaltigen Stoß aufzufangen. Die Organisation Eiserich sei daher die beste Waffe, um bei den kommenden Kämpfen zu helfen. Wenn das Befürchtete komme, dann werde man nach Bayern schauen und rufen: Heißt uns! Eiserich erklärte, er nehme den rücksichtslosesten Kampf auf.

Wien, 12. Aug. Das „Mährischer Abendblatt“ schreibt in einem Artikel über das Vorgehen der in Wien weilenden Internationalen Lieberwachtungskommission, welche infolge des Standpunktes der Entente, daß das gesamte Kriegsmaterial und alles, was zu seiner Erzeugung gedient habe, ihr auszuliefern sei, daß auch halbverwertetes Material und eine Unmenge von Rohstoffen, in einer Reihe von österreichischen Industrieunternehmungen durch Patrouillen von Ententeoffizieren beschlagnahmt, unter dem Vorwand der Verhinderung der Erzeugung von Kriegsmaterial die letzten wertvollen Rohstoffvorräte der österreichischen Industrie weggenommen und der Arbeitererschaft die Arbeitsgelegenheiten vermindert werden, sobald, wenn dieser Zustand noch kurze Zeit andauere, in einer Reihe von Unternehmungen zu Massenentlassungen und zur Stilllegung der Betriebe geschritten werden müßte.

**Der Mann mit den sieben Masten.**

Roman von Erich Wulffen.

40) (Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die Wanduhr schlug Mitternacht. Unheimlich klangen ihre blechernen Löse durch das Haus. Die Petroleumlampe leuchtete nur noch ganz spärlich.

„Dein Vater kommt vor Morgengrauen nicht heim — Mutter und Pauline schlafen sehr fest —“

„Bist du angezogen zur Reise?“

„In zehn Minuten. Deine Papiere liegen auf Vaters Schreibtisch — Dominik Bisontal aus Kaufenburg — nicht wahr?“

Er nickte, nahm sie fest an beiden Händen und ließ sie von sich ab, ihr ins Gesicht spähend. „Wahel, du hältst mich nicht zum Narren? Du lockst mich in keine Falle? Du willst dich mir anvertrauen —?“

In ihren Augen blitzte etwas. „Ich muß aus diesem Loch heraus! Du sollst mich retten — das sagte ich dir schon —“

„Retten —? Durch ein Verbrechen — ein neues Verbrechen —?“

„Ich nehme es auf mich — mache dir keine Gedanken —“

„Ich bin beteiligt —“

„Es ist kein Verbrechen — einen solchen Vater zu befehlen — um seine Zukunft zu teilen —!“

„Das bindet keinen Staat und keinen Staatsanwalt — wir werden verurteilt —“

„So sehe dich weg über diesen Staat und diesen Staatsanwalt, die dem Menschen so wenig ins Herz leben — sei größer —“

Es war nicht möglich, daß dieser süße, strahlende, etwas stänliche Mädchenmund solche freie Worte herausließ —

„Wenn er uns verfolgen läßt —? Wenn sie uns fassen?“

„Er wird für sich selbst ättern —“

„Einen Verbrecher willst du zum Narren nehmen?“

„Der künftig keiner mehr sein will —“

„Bist du's mit niemals vorweisen?“

„Nann! Trichter Nann! Werst du denn gar nichts? Ich will nichts voraus haben —“ sagte sie bedeutungslos — „ich will nicht!“

Er war aufgestanden. Eine starke Berührung hatte seinen ganzen Körper erfüllt. Er sah sie an von oben bis unten. Er konnte nichts sagen. Sie hielt seinen Blick aus. Ein

wenig errötete sie. Seine Züge zeigten Entschlossenheit. Ein Freiheitsgefühl schien über ihn zu kommen.

Das Paar drückte sich im dunklen Gelbnis die Hand. Kein Laut war vernnehmbar. Nur das Rauschen des Unhörbaren lag in ihren Ohren.

Endlich traten sie auseinander. Sabine entließ leise über die Galerie, woher sie gekommen war.

Dominik Bisontal stieg auf einen Stuhl und verdeckte die Lampe. Dann verließ er mit einem leichten forschenden Blick den Raum musternd, beutfam die Werkstatt.

Eine Viertelstunde später huschten in kurzen Zeitabständen zwei Gestalten aus dem Hause. Jede ging für sich ein Stück, bis sie sich nach wenigen hundert Schritten trafen und verschlungen im Nebel der Ottobernaacht nach den Bahnhöfen zu verschwanden.

**Wortzehntes Kapitel.**

Gegen Ende November meldet ein Volksbericht der Wiener Zeitungen, daß den berühmtesten Hochstapler Nikolaus Görtli aus Debreczen, der vor vier Wochen aus dem Untersuchungsgefängnis entwichen war, sein Schicksal in Hamburg erreicht hatte.

Am Augenblicke, als er mit einem durch falsche Papiere erlangten Paffe den Dampfer nach England betreten wollte, hatte ihn ein Hafenpolizist nach der Photographie erkannt und nahm ihn fest.

In seiner Gesellschaft hatte sich eine junge weibliche Person befunden, die beim Anblicke seiner Verhaftung voll Verzweiflung ins Wasser gesprungen und, weil den Vorgang niemand sofort beobachtet hatte, nur als Leiche geborgen worden war.

Sowohl bei Görtli als bei der Toten hatten sich Barockalt und Papiere in österreichischen, deutschen und englischen Werten im Betrage von einigen Tausenden gefunden.

In einem Hamburger Gasthause hatte sich das Paar als Ingenieur Josef Forcher und Frau aus Prag eingeschrieben.

Als Görtli nach Wien zurücktransportiert worden war, nahm Doktor Spert seine jährlings unterbrochene Untersuchung wieder auf, nachdem inzwischen durch Vernehmung der Zeugen in Ungarn der Tatbestand weiter aufgeklärt worden war.

Es gab eine kleine Sensation im Justizpalast am Scherlingplatz, als der Entsprungene zum erstenmal dem Staatsanwalt wieder vorgeführt wurde. Aus verschiedenen Zimmerhöfen kamen neugierige Besucher zum Vorschein. Andere Herren machten sich im Korridor Bewegung, um dem interessanten Hochstapler zu begegnen.

Der ältere Staatsanwalt Doktor Boloff, der in letzter Zeit ausfällig vernügend gewesen war, zeigte sich neuerdings

merkwürdig verstümmt. Böse Zungen behaupteten, er habe sich ins Gesicht geschlagen, als Görtli verschwunden war.

Hochstapler konnte man gelegentlich des Falles Görtli in der Staatsanwaltschaftlichen Behörde etwas wie Rollenweid beobachten. Willkürlich hätte der Hochstapler auch hier seinen Vergleichen vom Theater und Schauspieler angewendet.

Dem Oberstaatsanwalt Breminger wurde der geheime Vorwurf nicht erpart, daß er den bedeutenden Fall gerade einem zwar begabten, aber noch unerfahrenen Jüngeren ohne stichhaltigen Grund übertragen hatte. Andere behaupteten, der Fall gehöre nach Ungarn und würde in Wien überhaupt nicht abgeurteilt werden, wenn ihn nicht Sperts Ehrgeiz kramphast festhalte.

Bei Görtlis Verführung wurden besondere Vorkehrungsmaßnahmen nicht getroffen. Er ging ebenso frei wie früher umher. Seine Flucht war ja vor allem durch die Fahrlässigkeit eines Aufsichtsbekanntem ermöglicht worden, der eine Haupttür im Gefängnis unverschlossen gelassen hatte. Görtli erriete eigentlich sogar noch Bewunderung, weil er es fertig gebracht hatte, ohne Strickfänger die hohe Gefängnismauer zu überklettern. Das war bisher für unmöglich gehalten worden, und der dicke Gefängnisdirektor Stufarz gab sich alle Mühe, aus dem Hochstapler herauszubringen, wie er das tatsächliche Meisterstück bewerkstelligt hatte.

Er wünschte sogar, Görtli möge den Kletterstreich, den er lediglich mittels eines wuchtigen Anlaufs und seiner elastischen Sprungfähigkeit ausgeführt haben wollte, wiederholen. Allein der Verbrecher verstand sich hierzu, obwohl man seiner Entschlossenheit stark schmeichelte, nicht und erklärte nur, er nehme es mit jedem Akrobaten in Klättern und Springen auf. Die Aufseher, die ihn im Bilde gesehen und die Brusteln seiner Arme und Beine bewundert hatten, zweifelten daran nicht.

Der schlaue Hochstapler wußte sich trotz seiner dem Personal unangenehmen Flucht für die Zukunft sogar eine angenehme Stellung im Gefängnis zu schaffen, indem er in wohlwollende Aussicht stellte, bei guter Behandlung vor dem gesamten Personal den Kletterstreich zu wiederholen.

Als er schließlich kurz vor seiner Verurteilung sich zur Schauproduktion bereit erklärte, trugte sich Herr Stufarz hinter den Ohren und erklärte verlegen, er wolle die Vorführung bis zu Görtlis „Freisprechung“ aufschieben.

Ueber sein neuerliches Abenteuer hätte sich der Verbrecher völlig in Schwelgen. Er lehnte jede Auskunft über den Erwerb des riesigen Geldes sowie über die Person der Toten ab. Er bestritt, das Geld auf strafbare Weise erlangt zu haben.

(Fortsetzung folgt.)



Zusammenhang mit den Ausführungen des Reichskommissars, Gehle...

Auch ein Beitrag zur Bildung! In neutralen Ländern, und auch in den...

Reisebrotmarken. Nach einer Mitteilung der Reichsgetreidebehörde...

Reichsbund ehemaliger Kadetten. Bei der Reichsverteidiger-Versammlung...

Mannheimer Strafkammer.

Strafkammer I. Vorj.: Landgerichtsdirektor Dr. Heine.

Wegen Durchstechens standen der frühere Vorsitzende der Volkswehr...

Wertvolles Holz wurde vor einiger Zeit aus der Luftschiffhalle in Brühl...

Der Schmied Jakob Fath aus Kaiserslautern stahl im August v. Js. eine...

Schreiner Edm. Hch aus Kollerlautern, der kürzlich durch Einbruch...

Landwirtschaftliches.

Kp. Die Jungschweinemärkte in Startenburg und Oberhessen zeigen in dieser...

Kommunales.

B. Konstanz, 12. Aug. Gestern Abend fand im unteren Konstanzer...

dah sie keine Rendite hervorbringen können, besprochen hatte, stellte er...

Aus dem Lande.

Vom Nekar, 12. Aug. Am 8. ds. Mts. wurde in Dierberg bei Langenburg...

Königsheim bei Tauberbischofsheim, 12. Aug. Hier richteten Wildschweine...

Karlsruhe (ber. Bruchsal), 10. Aug. Um seinen Vater arm zu machen...

Karlsruhe, 13. Aug. Der Werd an dem Arbeiter und Kriegsinvaliden...

Horsheim, 10. Aug. An die letzte große Populusepidemie erinnert ein...

Triebberg, 12. Aug. Die Untersuchung über den Tod des beim Wasserfall...

Singen a. N., 12. Aug. Die Betriebsräte und die Dienststellenausschüsse...

Pfalz, Hessen und Umgebung.

s. w. Crefeld, 11. Aug. Vespere Tage wurden die beiden Anaben des...

s. w. Friedberg, 11. Aug. An den Pranger gestellt werden alle ertrappten...

s. w. Rheinfelden, 10. Aug. Die Weinberge stehen im Allgemeinen...

s. w. Darmstadt, 10. Aug. Die nächste Schwurgerichtsperiode...

s. w. Darmstadt, 10. Aug. Zur Bekämpfung des Ruchers und Schleichhandels...

Sportliche Rundschau.

Schwimmfest in Höchst am Main. Von herrlichem Wetter begünstigt...

2. V. Dieb. Freie Wasserport-Vereinigung Frankfurt, 151,8 Min. 4. Hugo...

Allgemeines.

Eine Keuerung im Neuenbetrieb. Zum ersten Male in Deutschland...

Deutsche Deereismaschinen 1920. Zum ersten Male werden vom 10. bis...

Hofesport.

Trainer C. Heller und Jocky H. Knapprecht wurden nach der Wallburg...

Jocky Seiffert, der am Dienstag mit Stella II im Preis von Kur...

Tennis.

Die Damen-Tennis-Meisterschaften. Beim 8. allgemeinen Tennisturnier...

Schach.

Beim Wiesburger Schachturnier wurden weiter folgende Resultate erzielt...

Hockey.

Die Hockey-Abteilung des Verein für Rasenspiele eröffnet ihren...

Segelsport.

696 Redungen für die Berliner Herbstsegelwoche. Nicht weniger als...

Wassersport.

Die erste Deutsche Fußball-Regatta bestehend aus einem Kulturwettbewerb...

Wetternachrichtendienst.

der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe. Beobachtungen vom Freitag, den 13. August 1920, 8 Uhr morgens (MET).

Table with 5 columns: Ort, Luftdruck in mm, Temp. C, Wind, Wetter. Lists weather data for various locations.

Table with 5 columns: Ort, Luftdruck in mm, Temp. C, Wind, Wetter. Lists weather data for various locations.

Table with 5 columns: Ort, Luftdruck in mm, Temp. C, Wind, Wetter. Lists weather data for various locations.

Allgemeine Witterungsaussichten. Das beständige und trockene Wetter dauert unter dem Einfluss...

# Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

## Die Entwicklung des Welthandels.

Abgesehen von Deutschland, dessen Außenhandel während des Weltkrieges, namentlich hinsichtlich der Ausfuhr, gänzlich lahmgelegt war, haben die übrigen Großhandelsstaaten durchgehend von 1913 bis 1919 eine ganz erhebliche Steigerung ihres Warenumsatzes erfahren. So stieg die Ausfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika von 2,3 (1913) auf 7,9 Milliarden Dollars (1919), die Ausfuhr Englands hob sich in dem gleichen Zeitraum von 635 auf 963 Millionen Pfd. Sterl. und die Ausfuhr Frankreichs vermehrte sich von 4,3 auf 8,7 Milliarden Francs, hat sich also beinahe verdoppelt. Japans Ausfuhrhandels entwickelte sich in den sechs Kriegsjahren von 632 Millionen Yen auf 2,1 Milliarden Yen. Am kräftigsten schnellte die Wareneinfuhr der vier Handelsmächte im Jahre 1919 (von 1918 auf 1919) empor, sodaß die Gesamteinfuhr dieser vier Handelsstaaten sich in diesem Jahre um rund 50% vermehrte.

Die Einfuhr dieser Handelsstaaten hob sich bei den Vereinigten Staaten von Amerika von 1,9 (1913) auf 3,9 Milliarden Dollars (1919), in England von 769 Millionen auf 1,6 Milliarden Pfd. Sterl.; in Frankreich stieg von 1913 bis 1919 die Einfuhr von 5,5 auf 29,8 Milliarden Francs und in Japan von 729 Millionen auf 2,2 Milliarden Yen. Bemerkenswert ist namentlich die kolossale Einfuhr Frankreichs mit 29,8 Milliarden Francs, sodaß eine Passivbilanz von 21 Milliarden Francs besteht.

Nur für die Vereinigten Staaten von Amerika ist für 1913 bis 1919 durchgehend eine aktive Handelsbilanz festzustellen, und zwar im Betrage von 2 bis 4 Milliarden Dollars für jedes Jahr. Die englische und amerikanische Einfuhr hat sich also in den sechsjährigen Kriegsjahren etwa verdoppelt, die japanische ist auf das Dreifache gestiegen, die französische Einfuhr hat sich vervielfacht. Die japanische Handelsbilanz ist nur mit etwa 74 Millionen Yen passiv im Jahre 1919, nachdem sie in den beiden vorhergehenden Jahren Aktiv-, d. h. Auslandsüberschüsse, zeigte. Englands stets passive Handelsbilanz fuhrüberschüsse, zeigte, Englands stets passive Handelsbilanz wird durch die unsichtbare Ausfuhr, d. h. durch die Verzinsung britischer Kapitalien im Auslande, ausgeglichen, indem für Schiffsfrachten, ausländische Kapitalanlagen und für sonstige Dienstleistungen etwa 650 Millionen Pfd. Sterl. als Aktivposten gebucht werden können, sodaß nur mehr etwa 30 Millionen Pfd. Sterl. als Passivrest verbleiben. Aber geradezu katastrophal für das französische Wirtschaftsleben ist die Passivität Frankreichs mit mehr als 20 Milliarden Francs für 1919 und mit 13 Milliarden Francs für das Jahr 1918, da es für Frankreich eine sogenannte unsichtbare Ausfuhr wie bei England nicht gibt.

## Aus der landwirtschaftl. Maschinenindustrie.

Durch die Presse ging kürzlich die Nachricht von einem allgemeinen Preisabbau für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, wie er angeblich bei Verhandlungen zwischen Industrie und Handel in Heidelberg beschlossen worden sei. Die Nachricht ist in dieser Fassung und Ausdehnung unzutreffend. In Heidelberg haben lediglich Besprechungen über eine schnellere Verwirklichung der für das Aus- und Inland bestehenden Absatzmöglichkeiten stattgefunden, und man hat dabei verschiedene Maßnahmen erwogen, die geeignet sein könnten, die gegenwärtige Absatzstörung zu beheben. Um die Ausfuhr gemäß dem auf dem Weltmarkt bestehenden Bedarf zu erleichtern, ist dann für einige Maschinengattungen eine gewisse Preislenkung, die aber nur in einigen Fällen 15% übersteigt, empfohlen worden; die entsprechenden Beschlüsse bleiben dabei den einzelnen Unterverbänden und Gruppen vorbehalten.

Über die Lage der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie und insbesondere über die Erleichterung des Auslandsabsatzes unterrichten folgende Darlegungen:

Bekanntlich sind bei der Umstellung von der Kriegszur Friedenswirtschaft viele Werke, die sich nur für die Herstellung von Kriegsmaterial eingestellt hatten, dazu übergegangen, ihre Betriebe auf die Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten umzustellen. Der Absatz schien lohnend. Der Bedarf im Inlande war und ist unstreitig vorhanden. Aber trotzdem ist der Absatz bei weitem nicht der Notlage entsprechend, weil die Maschinen und Geräte im Preise infolge der Erhöhung der Herstellungskosten jeder Art gewaltig gestiegen sind und die Landwirtschaft in vielen eigenen Produkten die entsprechende Bezahlung nicht erreicht hatte. Produktionsfördernde wirkte die Abgabe der landwirtschaftlichen Maschinen an die Entente. Auch das Ausland hungernd nach diesen deutschen Fabrikaten. Das größte Absatzgebiet, der Osten, ist uns leider noch verschlossen, und nach dem anderen Ausland wirkt die verkehrte deutsche Ausfuhrpolitik so erschwerend, daß der Absatz und die Absatzmöglichkeit immer mehr nachläßt und augenblicklich fast ganz brach liegt. Dazu kommt, daß noch andere Werke verwandter Zweige zur Produktion landwirtschaftlicher

Maschinen und Geräte übergegangen sind, um ihren Betrieb aufrecht erhalten zu können und damit ihre Arbeiter nicht dem Hunger preiszugeben.

Ein gutes Absatzland war von jeher die Schweiz. Der Verband der ostschweizerischen landwirtschaftlichen Genossenschaften in Winterthur z. B. deckte früher seine Einkäufe zu 80% in Deutschland, 1920 hat er bisher nur 5% aus Deutschland beziehen können. Das ist gewiß ein betrübliches Zeichen, das zum Denken Anlaß gibt. Der Verband kauft den ganzen Bedarf an Betriebsgegenständen und Haushaltsartikeln für schätzungsweise 80 Verkaufsstellen und zählt 20 000 eingeschriebene Mitglieder. Sein Kundenkreis ist noch bei weitem größer, da er auch an Nichtmitgliedern Waren abgibt. Die Geschäftsleitung erklärt, daß sie nur gezwungenermaßen sich von dem Bezug deutscher Waren hat abwenden müssen. Die fortwährenden Preisausschläge mit der Begründung durch Valutavorschübe, die Freimachforderungen, die Nichteinhaltung von Lieferungsfristen, die Transport-schwierigkeiten, die Erschwerungen und Schikanen durch die amtliche Ueberwachung der Ausfuhr und zuletzt als ausschlaggebend die Erhebung der sogenannten sozialen Ausfuhr-abgabe hätten den Verband dazu geführt, sich der ausländischen Konkurrenz zuzuwenden. Frankreich, England und Amerika tun alles, um sich den schweizerischen Markt in diesen Fabrikaten zu erobern. Der Verband beantragte z. B. eine bisher aus Deutschland lieferte Hemdegabel nach Amerika und bekam von dort die Versicherung, daß das gleiche Modell zum festen Preise jeweils innerhalb 4 Wochen ab Fabrik geliefert wird bei einem festen Auftrag von 10 000 Stück, abnehmbar innerhalb 3 Jahren. Das ist ein Vorsprung der ausländischen Konkurrenz, der von Deutschland nicht so schnell wieder eingeholt werden kann. Aber auch der schweizerische Bauer, der früher nur mit deutschen Geräten arbeitete, gewöhnt sich jetzt an Spaten und Schaufeln mit französischer Marke, Eggen mit schwedischen Inschriften, Rechen und Heugabeln mit amerikanischen Schutzmarken. Dadurch verliert er natürlich die alte unerschütterliche Achtung vor der deutschen Leistungsfähigkeit, und es wird ihm auch das Vertrauen zu der deutschen wirtschaftlichen Wiedererstarung verloren gehen. — Was hier in einem Falle von der Schweiz gesagt wurde, könnte natürlich auch für andere Länder bewiesen werden. Es kann also nur immer wieder die dringendste Forderung erhoben werden, daß die deutsche Ausfuhr im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft und des ganzen deutschen Volkes von allen Hemmungen befreit und ihr wieder die alten gewohnten Betätigungsfelder geöffnet werden. Dann werden wir uns aus der Krise wieder herausarbeiten können.

## Börsenberichte.

**Frankfurter Wertpapierbörse.**  
Frankfurt, 13. Aug. (Drath.) Die Börse zeigte wiederum ein festes Aussehen und es überwiegt trotz rubigem Geschäft auf den meisten Gebieten Kaufinteresse. In den Haupt-spekulationspapieren fehlte bei Beginn die Anregung, da die telephonische Verbindung mit Berlin gestört war. Deutsche Petroleum standen zwischen 1310—1280—1320. Schantungbahn mit 702 gut behauptet. Im Mittelpunkt standen Montanpapiere, welche Kursrückgängen zwischen 2 und 4% erzielten. Mannesmann streiften den Kurs 400. Von industriellen Spezialwerten waren Kabel Rheyd't zu höheren Kursen gehandelt, 473 bis 482. Julius Siebel fest, 1200. Für Chemische Scheideanstalt machte sich Nachfrage geltend, 491 plus 8%. Elektrische Schöckert stellten sich auf Meinungskäufe 205 und blieben später bis 210 G. gesucht. A. E. G., Siemens u. Halske fanden zu besseren Kursen Aufnahme. Deutsch-Uberssee-Zertifikate 82, mäßig befestigt. In Daimler-Motoren trat auf die Mitteilung in der gestrigen Generalversammlung Abgeneignung hervor. Der Kurs wurde ca. 205 G. genannt. Adlerwerke Kleyer 312% niedriger. Im weiteren Verlaufe wurde die Haltung fester. Deutsche Petroleum gingen bis 1350, um sich später wieder abzuschwächen. Otavi-Minen 800, Genescheine wurden 685 gehandelt. Neu-Guinea mit 820 schwächer. Pomona 8100, Mexikaner mäßig höher. Der Einheitsmarkt der Industriepapiere war unregelmäßig. Essinger-Werke höher. Privatdiskont 4%.

**Berliner Wertpapierbörse.**  
Berlin, 13. Aug. (Drath.) Die Grundstimmung der Börse war wiederum fest, wenn auch späterhin wieder Schwankungen auf einzelnen Marktgebieten stattfanden. Das Geschäft war nicht sonderlich lebhaft. Petroleumwerte bewegten sich bei unbedeutenden Schwankungen auf dem gestrigen erhöhten Kursstand. Bei Montanwerten betragen die Besserungen 3 bis 10%, bei Mannesmann zeitweise sogar bis 23%. Chemische und Elektrizitätswerte wurden verschiedentlich verändert. Industriaktien waren zum Teil in den gleichen Ausmaßen wie Montanpapiere gebessert. Gebrüder Böhrer gewannen 30% nach wochenlangem Vernachlässigung. Für Schiffsfahrtswerte bestand eine gewisse Kauflust, wovon die führenden Werte 6—7%, Hansa aber 1% gebessert waren. Kolonialwerte litten,

wie Valutapapiere überhaupt, unter Realisierungen. Wesentlich fester waren Neu-Guinea und Baltimore, und auch andere waren später befestigt. Auslands-Devisen waren nicht unwesentlich höher. Am Rentenmarkt waren auch unbedeutende Veränderungen.

**Berliner Produktenmarkt.**  
Berlin, 13. Aug. (Drath.) Das Mehlgeschäft ist neuerdings sehr unregelmäßig. Für Weizen ist die Lage wesentlich ruhiger geworden; für Letztere wurden ab Station 255 bis 258  $\frac{1}{2}$  bezahlt. Für Rapskuchen wurden 23  $\frac{1}{2}$  gefordert, aber nur ganz vereinzelt bezahlt. Von Erbsen blieben gute Speiserbsen gefragt, wesentlicher Bedarf besteht auch für Ackerbohnen und Peluschnen, während sich für Lupinen nur sehr wenig Interesse zeigte. Amtliche Hafenernotierungen in Mark per Tonne: Loko ab Bahn 2700—2600, spätere Lieferung 2640. Tendenz: unregelmäßig.

**Wirtschaftliche Rundschau.**  
**Bismarckhütte — Charlottenhütte.** Zwischen der Verwaltung der Bismarckhütte und derjenigen der Charlottenhütte ist eine freundschaftliche Verständigung bereits gesichert. Wahrscheinlich werden in der ordentlichen Generalversammlung der Bismarckhütte einzelne von den freiwerdenden Aufsichtsratsitzen der Charlottenhütte aufgenommen werden.

**Ludwig Löwe u. Co. A.-G.** Der Prospekt über die Zulassung von 5 Mill.  $\frac{1}{2}$  neuen Aktien und 7,5 Mill.  $\frac{1}{2}$  4%iger Teilschuldverschreibungen zum Handel an der Berliner Börse sagt, daß die Gesellschaft zurzeit gut beschäftigt ist. Über das voraussichtliche Ergebnis des laufenden Jahres läßt sich jedoch nichts Bestimmtes sagen.

**Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie.** Besonders schwer ist die Krise in der Holzindustrie mit ziemlich erheblichen Arbeiterentlassungen. In den Monaten Januar bis April 1920 waren nach einer Statistik der „Holzarbeiterzeitung“ vom 31. Juli 1920 der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes arbeitslos. Nach einer Stichprobe am 7. Juni waren in 12 020 Betrieben mit 261 914 Arbeitern 69 914 Arbeiter nicht voll beschäftigt und 18 435 Arbeiter arbeitslos.

**Neueste Drahtberichte.**  
Ankauf der Hedwigshütte durch Krupp.

Berlin, 13. Aug. (Eig. Draht.) Die Firma Krupp hat die Hedwigshütte in Viersen angekauft, die zu einem großen Stahlwerk ausgebaut werden soll. Der Erwerb steht vermutlich im Zusammenhang mit dem Projekt des Rhein-Mass-Scheldekanals, der nach dem Versailler Friedensvertrag gebaut werden soll und der Viersen berührt.

**Deutsch-amerikanisches Phosphat-Abkommen.**  
Berlin, 13. Aug. (Eig. Draht.) Das deutsch-amerikanische Abkommen über die Zufuhr von Phosphaten für die deutsche Landwirtschaft beginnt in Wirksamkeit zu treten. Heute sind 3 Dampfer mit zusammen 11 000 Tonnen Phosphat aus den Vereinigten Staaten in Hamburg eingetroffen. Weitere Transporte sind unterwegs.

**Geschäftliches.**  
**Geschäftseröffnung!**  
In die Räume des ehemaligen Restaurant „Weiberg“, D. S. 4, gegenüber der Börse, ist seit kurzem die bekannte Firma G. Gutmann, mit dem Stammsitz in Nürnberg und Zweigniederlassungen an allen größeren Plätzen Süddeutschlands, verlegt worden, welche sich mit dem Verkauf von Büro-Einrichtungen und allen zugehörigen Kristallen befaßt.  
Das frühere Lokal mit seinem sehr schönen Kaufhaus ist ein überaus geräumiger, sehr ansehnlicher und modernster Kaufhausraum geworden. Bei der gesamten Einrichtung ist mit Eleganz und Geschmack verfahren worden.  
Es ist ein sehr großes Probierlager für komplette Einrichtungen wie zu den wertvollsten Kapiteln vorhanden; außerdem sind von den besten Herstellern angefertigten Gegenständen besonders hervorzuheben:  
Safferschränke, beste Fabrikate, alle Größen u. Einrichtungen  
umfangreiche Sorten-Einrichtungen aller Art, namentlich  
vollständige Maschinen für Brenn-Heizungs- und  
moderne praktische Systeme.

**Devisen-Kurse.**  
(Für je 100 der Landeswährung in Mark.)  
**Berliner Devisen.**

Für ausländische Auszahlungen	Minuspariat	Kurs 18. Sept.	12. August	13. August
Amsterdam-Rotterdam	164,75	115,00	102,00	102,00
Brüssel-Antwerpen	81,00	327,15	327,50	324,50
Christiansia	112,50	700,25	681,20	674,20
Kopenhagen	112,50	680,25	680,25	680,25
Stockholm	112,50	720,25	940,90	954,00
Helsingfors	81,00	141,25	145,00	141,00
London	25,48	230,65	231,15	231,15
New-York	4,20	167,00	167,00	169,20
Paris	81,00	45,70	45,50	45,50
Schwitz	81,00	334,80	335,50	334,65
Oslo	81,00	531,25	784,50	784,50
Reval	81,00	550,50	674,50	674,50
Wien, alte	81,00	37,05	37,70	37,70
Wien, neue	81,00	77,55	77,55	77,55
Prag	81,00	85,90	85,90	85,90
Budapest	81,00	23,20	23,20	23,20
Bulgarien	81,00	—	—	—
Konstantinopel	19,20	—	—	—

**Frankfurter Devisen.**

	11. August	12. August	13. August
Holland	1579,50	1542,50	1536,50
Belgien	358,00	359,00	359,00
England	714,25	715,75	699,25
Dänemark	780,75	782,25	790,75
Schweden	946,50	950,00	951,00
Helsingfors	145,75	146,25	146,25
Oslo	233,50	234,50	235,00
London	161,50	161,00	161,00
New York	45,40	45,60	45,20
Paris	335,00	336,00	335,50
Schwitz	771,25	772,25	784,25
Wien, alte	697,75	699,25	684,25
Wien, neue	27,75	27,90	27,90
Prag	82,15	82,25	82,15
Budapest	22,40	22,40	22,40

**Frankfurter Notenmarkt vom 12. August.**

	Geld	Brief
Amerikanische Noten	45,30	45,30
Belgische	358,00	359,00
Dänische	780,75	782,25
Englische	161,50	161,00
Franken	233,50	234,50
Holländische	1533,00	1536,50
Italienische	336,50	339,50
Oesterreichische	26,50	26,50

**Frankfurter Börse.**

Feinverzinsliche Werte.	Transport-Aktien.	Div.	12.	13.
1) Inländische.	370—370			
2) Ausländische.	170—182			
3) Mannesmann u. Co.	170—174			
4) Deutsche Reichsbank	170—174			
5) Deutsche Reichsbank	170—174			
6) Deutsche Reichsbank	170—174			
7) Deutsche Reichsbank	170—174			
8) Deutsche Reichsbank	170—174			
9) Deutsche Reichsbank	170—174			
10) Deutsche Reichsbank	170—174			
11) Deutsche Reichsbank	170—174			
12) Deutsche Reichsbank	170—174			
13) Deutsche Reichsbank	170—174			
14) Deutsche Reichsbank	170—174			
15) Deutsche Reichsbank	170—174			
16) Deutsche Reichsbank	170—174			
17) Deutsche Reichsbank	170—174			
18) Deutsche Reichsbank	170—174			
19) Deutsche Reichsbank	170—174			
20) Deutsche Reichsbank	170—174			
21) Deutsche Reichsbank	170—174			
22) Deutsche Reichsbank	170—174			
23) Deutsche Reichsbank	170—174			
24) Deutsche Reichsbank	170—174			
25) Deutsche Reichsbank	170—174			
26) Deutsche Reichsbank	170—174			
27) Deutsche Reichsbank	170—174			
28) Deutsche Reichsbank	170—174			
29) Deutsche Reichsbank	170—174			
30) Deutsche Reichsbank	170—174			
31) Deutsche Reichsbank	170—174			
32) Deutsche Reichsbank	170—174			
33) Deutsche Reichsbank	170—174			
34) Deutsche Reichsbank	170—174			
35) Deutsche Reichsbank	170—174			
36) Deutsche Reichsbank	170—174			
37) Deutsche Reichsbank	170—174			
38) Deutsche Reichsbank	170—174			
39) Deutsche Reichsbank	170—174			
40) Deutsche Reichsbank	170—174			
41) Deutsche Reichsbank	170—174			
42) Deutsche Reichsbank	170—174			
43) Deutsche Reichsbank	170—174			
44) Deutsche Reichsbank	170—174			
45) Deutsche Reichsbank	170—174			
46) Deutsche Reichsbank	170—174			
47) Deutsche Reichsbank	170—174			
48) Deutsche Reichsbank	170—174			
49) Deutsche Reichsbank	170—174			
50) Deutsche Reichsbank	170—174			
51) Deutsche Reichsbank	170—174			
52) Deutsche Reichsbank	170—174			
53) Deutsche Reichsbank	170—174			
54) Deutsche Reichsbank	170—174			
55) Deutsche Reichsbank	170—174			
56) Deutsche Reichsbank	170—174			
57) Deutsche Reichsbank	170—174			
58) Deutsche Reichsbank	170—174			
59) Deutsche Reichsbank	170—174			
60) Deutsche Reichsbank	170—174			
61) Deutsche Reichsbank	170—174			
62) Deutsche Reichsbank	170—174			
63) Deutsche Reichsbank	170—174			
64) Deutsche Reichsbank	170—174			
65) Deutsche Reichsbank	170—174			
66) Deutsche Reichsbank	170—174			
67) Deutsche Reichsbank	170—174			
68) Deutsche Reichsbank	170—174			
69) Deutsche Reichsbank	170—174			
70) Deutsche Reichsbank	170—174			
71) Deutsche Reichsbank	170—174			
72) Deutsche Reichsbank	170—174			
73) Deutsche Reichsbank	170—174			
74) Deutsche Reichsbank	170—174			
75) Deutsche Reichsbank	170—174			
76) Deutsche Reichsbank	170—174			
77) Deutsche Reichsbank	170—174			
78) Deutsche Reichsbank	170—174			
79) Deutsche Reichsbank	170—174			
80) Deutsche Reichsbank	170—174			
81) Deutsche Reichsbank	170—174			
82) Deutsche Reichsbank	170—174			
83) Deutsche Reichsbank	170—174			
84) Deutsche Reichsbank	170—174			
85) Deutsche Reichsbank	170—174			
86) Deutsche Reichsbank	170—174			
87) Deutsche Reichsbank	170—174			
88) Deutsche Reichsbank	170—174			
89) Deutsche Reichsbank	170—174			
90) Deutsche Reichsbank	170—174			
91) Deutsche Reichsbank	170—174			
92) Deutsche Reichsbank	170—174			
93) Deutsche Reichsbank	170—174			
94) Deutsche Reichsbank	170—174			
95) Deutsche Reichsbank	170—174			
96) Deutsche Reichsbank	170—174			
97) Deutsche Reichsbank	170—174			
98) Deutsche Reichsbank	170—174			
99) Deutsche Reichsbank	170—174			
100) Deutsche Reichsbank	170—174			

**Berliner Börse.**

Feinverzinsliche Werte.	Transport-Aktien.	Div.	12.	13.
1) Inländische.	370—370			
2) Ausländische.	170—182			
3) Mannesmann u. Co.	170—174			
4) Deutsche Reichsbank	170—174			
5) Deutsche Reichsbank	170—174			
6) Deutsche Reichsbank	170—174			
7) Deutsche Reichsbank	170—174			
8) Deutsche Reichsbank	170—174			
9) Deutsche Reichsbank	170—174			
10) Deutsche Reichsbank				

